

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gebbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Danziger Zeitung.

(W.C.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.
Wien, 18. August. Der gestern beabsichtigte Fackelzug zu Ehren der Kaiserin ist durch heftige Regengüsse verhindert worden.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Mostar vom gestrigen Tage waren die Türken am 11. d. mit empfindlichen Verlusten über den Nißfluss zurückgeschlagen worden, hatten aber den Kampf fortgesetzt. Am Sonnabend war ein lebhafter Kanonenboum in der Nähe von Cettinié hörbar.

München, 18. August. Der Handelstag hat folgende Tagesordnung festgestellt: Antrag auf Fortbestand des Polizeivereins und auf Erweiterung desselben. Österreichs Bolleneigungs-Vorschläge, Prüfung des Handels-Vertrages mit Frankreich.

London, 17. August. Über Halifax eingetroffene Nachrichten aus Newyork vom 7. d. M. melden, daß der Handelsvertrag zwischen der Türkei und Amerika veröffentlicht worden sei. Von den Einfuhrartikeln in die Türkei sind Tabak und Salz ausgeschlossen. Die Amerikaner dürfen diese Artikel aus der Türkei ausführen, ohne eine Ausfuhrsteuer zu zahlen.

Die Unionisten haben Corinth und alle benachbarten Orte geräumt. 1000 Guerillas haben die Unionisten aus Newark in Missouri verjagt und ihnen Waffen und Kriegsgeräth abgenommen. Eine andere Guerillabande hat Alexandrien in Missouri genommen. Die Unionisten haben in einem Kampfe bei Memphis die Konföderirten unter General Thompson versagt und die Stadt Macnumville eingenommen. In der Nähe von Columbia ist eine große Quantität Baumwolle verbrannt worden. In Washington hat ein kriegerisches Meeting die Beschlüsse angenommen, den Krieg auf das kräftigste und mit allen in der Macht des Landes stehenden Mitteln fortzuführen und die angeordnete Conscription zu billigen.

Der Cours auf London war in Newyork matt 126, Golddagio 14½, Getreide fester, Baumwolle matt, 47½.

Turin, 16. August. (S. R.) Die „Monarchia nazionale“ erachtet die Lösung der Krisis in Sicilien für nahe bevorstehend, da die Truppen die Freiwilligen von allen Seiten umzingelt haben und der Befehlshaber der Truppen nunmehr die Freiwilligen auffordern werde, die Waffen niederzulegen.

Wie die „Sternzeitung“ das Recht des Landes behandelnd darf.

II.

Wenn die „Sternzeitung“ am 15. August behauptet, daß die Neorganisation der Armee „unter Billigung beider Häuser des Landtages durchgeführt sei, so ist das in Bezug auf das Abgeordnetenhaus eine mit nichts zu bemalende Unwahrheit. Die Regierung hatte im Jahre 1860 dem Abgeordnetenhaus einen Neorganisationsplan vorgelegt, aber sie zog denselben zurück, weil er die „Billigung“ der Commission eben nicht gefunden hatte. Seitdem hat sie diesen Plan so weit durchgeführt, als die, nicht etwa zu einer dauernden Neorganisation, sondern nur zur „einstweiligen Aufrechthaltung einer erhöhten Kriegsbereitschaft“ bewilligten Mittel es ihr möglich machten. Schon damit erweist es sich, abgesehen von andern Verstößen gegen die Verfassung und die bestehenden Gesetze, als unwahr, daß diese Neorganisation „auf gesetzlichem Wege“ durchgeführt sei.

In dem schon gestern von uns besprochenen Leitartikel vom 14. August hatte die „Sternzeitung“ überdies nur behauptet, daß die Neorganisation „durch die wiederholte Mitwirkung des Landtags, vorbehaltlich der definitiven finanziellen Feststellung, aufrecht erhalten worden sei“. Allerdings durch

darin bestanden, daß das Abgeordnetenhaus im Jahre 1860 9 Millionen Thaler, wie schon gesagt, für die erhöhte Kriegsbereitschaft vom 1. Mai 1860 bis zum 1. Juli 1861, und daß sie dann zu demselben Zweck die bis zum 31. December 1861 nötig befindende Summe als Extraordinarium, d. h. als eine außerordentliche und nur einmalige Ausgabe bewilligt hat. Natürlich durfte die Regierung das Geld zu keinem andern Zwecke verwenden als zu dem, für den es bewilligt war. Wenn sie daher diejenigen Maßregeln, welche zu einer dauernden Neorganisation der Armee dienen könnten, so war sie doch schlechthin verpflichtet, diese Neorganisation so einzurichten, daß sie sofort wieder aufgelöst werden könnte, wenn die Volksvertretung die zu ihrer Aufrechterhaltung nötigen Gesetze und Geldmittel im Interesse des Landes nicht bewilligen zu dürfen glaubte. Zugleich war das Abgeordnetenhaus vorsichtig genug, am 31. Mai 1861 förmlich zu beschließen:

„daß die königliche Staatsregierung, falls sie die zur Neorganisation der Armee ergriffenen Maßregeln aufrecht zu erhalten beabsichtige, verpflichtet bliebe, spätestens dem nächsten Landtag ein Gesetz befußt Abänderung des Gesetzes vom 3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vorzulegen.“

Es ist eine in der That erstaunliche Dreistigkeit von Seiten der „Stern-Zeitung“, Angesichts dieses Beschlusses zu behaupten, daß auch das Abgeordnetenhaus ganz einverstanden mit der Neorganisation gewesen wäre, und daß es sich lediglich nur noch um definitive Feststellung des finanziellen Punktes gehandelt habe.

Die Regierung selbst hatte sowohl 1860, wie 1861, die neuen Einrichtungen der Armee für bloß provisorische erklärt. Sie hatte auch im Januar d. J. das in dem Beschuße vom 31. Mai 1861 verlangte Gesetz eingebracht, freilich mit einem Inhalte, der noch der wesentlichsten Abänderungen bedurfte. Aber dies Gesetz kam im Abgeordnetenhaus nicht zur Beratung, weil dasselbe am 11. März aufgelöst wurde. Dem

neugewählten Abgeordnetenhaus dagegen ist weder dieses Gesetz, noch ist ihm irgend ein Neorganisationsplan vorgelegt worden. Wenn daher das Ministerium gleichwohl von dem Abgeordnetenhaus verlangt, daß es für eine Neorganisation Geld bewilligen solle, mit deren Auflösung spätestens in dem Augenblick hätte begonnen werden müssen, als die Regierung die bei der vorjährigen Geldbewilligung ihr gestellte Bedingung nicht einzuhalten sich entschlossen hatte, so haben die Herren Minister schwerlich selbst darauf gerechnet, daß das Abgeordnetenhaus seinem eigenen und dem Rechte des Landes so viel vergeben würde, um in ein solches Verlangen zu willigen.

Die Regierung weiß sehr wohl, daß bei dem Conflicte,

der durch die Art und Weise ihres Vorgehens veranlaßt wor-

den ist, es sich keineswegs bloß um die Formen, sondern daß es sich um das innerste Wesen unserer Verfassung, daß es darum sich handelt, ob die Vertreter des Volkes in den wichtigsten, das Wohl und Wehe aller Staatsbürger auf das tiefste berührende Angelegenheiten eine mitentscheidende Stimme haben werden, oder ob bei jedem Zwiespalt der Meinungen den jedesmaligen Rathgebern der Krone schließlich die alleinige Entscheidung zufallen soll. In dem vorliegenden Falle ist nicht etwa bloß davon die Rede, daß die Abgeordneten die fortgefechte Veransagung der bedeutendsten Geldsummen zu solchen Zwecken guttheiten sollen, deren Bewilligung sie bis dahin noch nicht ausgesprochen haben, sondern sie sollen für eine Heeresorganisation, die sie und mit ihnen die ungeheure Majorität des gesamten Volkes für eine durchaus verderbliche halten, nur darum das Geld des Volkes bewilligen, weil der Kriegsminister und das Militäraukabinett eine entgegengesetzte Ansicht haben. Freilich ist die Volksvertretung weit entfernt, ein bedingungloses Nein auszusprechen; aber sie will ihre Zustimmung — und so fordert es ihre Pflicht — nur in solchen Abänderungen der gesetzlichen Heeresorganisation von 1859 geben, von deren Notwendigkeit und Möglichkeit sie sich im Laufe der Verhandlungen mit der Regierung überzeugt haben würde. Nicht nur die Einsicht und die Stimmung der weit überwiegenden Majorität, sondern auch die bereits eingebrachten Anträge zeugen dafür, daß das Abgeordnetenhaus nicht bloß das nach der bisherigen Gesetzgebung erforderliche Ordinarium von 1859, sondern daß es außer den bereits gemachten Ausgaben für 1862 auch noch alle zu zeitgemäßen Reformen notwendigen Summen bewilligen wird, vorausgesetzt, daß die finanziellen Kräfte des Landes es gestatten, und daß jene Reformen, wie die Verfassung es verlangt, mit der Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung vereinbart sind.

Aber bis jetzt hat die Regierung nur das Geld für die einseitig von ihr vorgenommenen Neorganisations-Maß-

regeln gefordert, indem sie erst für das nächste Jahr eine

Gesetzesvorlage in Aussicht stellt, die sie ohne Zweifel schon

längst hätte einbringen können, wenn dieselbe wirklich annehmbare Vorschläge enthielte. Dem Abgeordnetenhaus bleibt daher nichts übrig, als das Geld für die jetzt noch allein geheimhafte Organisation von 1859 zu bewilligen und der Regierung die Vorlage eines weitergehenden Gesetzentwurfes anheim zu stellen. Die „Sternzeitung“ jedoch, das Organ der Minister, fordert, daß das Abgeordnetenhaus sich der besseren Einsicht des Ministeriums unterordnen sollte, und findet in der pflichtmäßigen Wahrung des eigenen und des Volksrechts nichts als ein kindisches „Pochen“ auf die eigene formelle Berechtigung.

Landtags-Verhandlungen.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. August. Bericht der Budget-Commission über den Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Berwaltung für die Jahre 1862 und 1863. Die von der Commission gestellten Anträge 1, 2 und 3 werden angenommen. Bei dem Abschnitt von den Hüttenwerken spricht sich Abg. v. Beughem gegen den sofortigen Verkauf der Hüttenwerke aus. Der Handelsminister hält den Verkauf gegenwärtig ebenfalls nicht für zweckmäßig. Abg. Jacob für die Ansicht des Abg. v. Beughem, Abg. Behrend (Danzig) für den Commissionsantrag. Nachdem noch die Abgeordneten Ostrerrath, von Hennig (Strassburg) und der Referent Abg. Sello für den Commissionsantrag gesprochen haben, wird derselbe nach Ablehnung eines Amendements des Abg. v. Beughem mit großer Mehrheit angenommen. Die Anträge 5 und 6 werden ohne Widerspruch genehmigt.

Bei den „Sonstigen Berwaltungskosten“ sind 7646 Thlr. als Busch für die Berg-Akademie in Berlin; die Commission stellt den Antrag: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) der königlichen Staatsregierung gegenüber anzusprechen, daß es den in der Session von 1861 gefassten

Beschluß: daß die Staatsregierung dem nächsten Landtage

den Plan zur Errichtung einer Bergakademie befußt gezeigtlicher Regulirung dieser Sache vorlegen werde, durch die gegenwärtigen Vorlagen nicht für erledigt erachtet; 2. sich mit

Errichtung einer Bergakademie in Berlin, als einer provisoriischen Anstalt, dagegen nicht mit den für dieselbe aufgestellten ministeriellen Vorschriften einverstanden zu erklären; 3. zu-

gleich gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, sie werde durch baldige Errichtung einer großen, reichlich ausgestatteten, hinreichend unabhängigen polytechnischen Anstalt, welche zugleich für den Unterricht im Fache der Berg-, Hütten- und Salinenkunde dient, den Anforderungen der Zeit entsprechen; 4) die Ausgaben für die Bergakademie in einem besondern Titel in den Staatshaushaltsetat aufzunehmen.“

Abg. Reichenperger (Bucum) spricht gegen den Antrag, weil er der Regierung eine zu weit gehende discretionäre Gewalt einräume. Auch das Prinzip desselben sei zu bekämpfen. Unsere Zeit fordere nicht Centralisation, sondern Decentralisation. Abg. Birchow empfiehlt den Antrag.

Die Regierung selbst hatte sowohl 1860, wie 1861, die

neuen Einrichtungen der Armee für bloß provisorische erklärt.

Sie hatte auch im Januar d. J. das in dem Beschuße vom

31. Mai 1861 verlangte Gesetz eingebracht, freilich mit

einem Inhalte, der noch der wesentlichsten Abänderungen bedurfte.

Aber dies Gesetz kam im Abgeordnetenhaus nicht zur

Beratung, weil dasselbe am 11. März aufgelöst wurde. Dem

neugewählten Abgeordnetenhaus dagegen ist weder dieses Ge-

setz, noch ist ihm irgend ein Neorganisationsplan vorgelegt

worden. Wenn daher das Ministerium gleichwohl von dem

Abgeordnetenhaus verlangt, daß es für eine Neorganisation

Geld bewilligen solle, mit deren Auflösung spätestens in dem

Augenblick hätte begonnen werden müssen, als die Regierung

die bei der vorjährigen Geldbewilligung ihr gestellte Bedin-

gung nicht einzuhalten sich entschlossen hatte, so haben die

Herren Minister schwerlich selbst darauf gerechnet, daß das

Abgeordnetenhaus seinem eigenen und dem Rechte des Lan-

des so viel vergeben würde, um in ein solches Verlangen zu

willigen.

Die Regierung weiß sehr wohl, daß bei dem Conflicte,

der durch die Art und Weise ihres Vorgehens veranlaßt wor-

den ist, es sich keineswegs bloß um die Formen, sondern daß es sich um das innerste Wesen unserer Verfassung, daß es darum sich handelt, ob die Vertreter des Volkes in den wichtigsten, das Wohl und Wehe aller Staatsbürger auf das tiefste berührende Angelegenheiten eine mitentscheidende Stimme haben werden, oder ob bei jedem Zwiespalt der Meinungen den jedesmaligen Rathgebern der Krone schließlich die alleinige Entscheidung zufallen soll. In dem vorliegenden Falle ist nicht etwa bloß davon die Rede, daß die Abgeordneten die fortgefechte Veransagung der bedeutendsten Geldsummen zu solchen Zwecken guttheiten sollen, deren Bewilligung sie bis dahin noch nicht ausgesprochen haben, sondern sie sollen für eine Heeresorganisation, die sie und mit ihnen die ungeheure Majorität des gesamten Volkes für eine durchaus verderbliche halten, nur darum das Geld des Volkes bewilligen, weil der Kriegsminister und das Militäraukabinett eine entgegengesetzte Ansicht haben. Freilich ist die Volksvertretung weit entfernt, ein bedingungloses Nein auszusprechen; aber sie will ihre Zustimmung — und so fordert es ihre Pflicht — nur in solchen Abänderungen der gesetzlichen Heeresorganisation von 1859 geben, von deren Notwendigkeit und Möglichkeit sie sich im Laufe der Verhandlungen mit der Regierung überzeugt haben würde. Nicht nur die Einsicht und die Stimmung der weit überwiegenden Majorität, sondern auch die bereits eingebrachten Anträge zeugen dafür, daß das Abgeordnetenhaus nicht bloß das nach der bisherigen Gesetzgebung erforderliche Ordinarium von 1859, sondern daß es außer den bereits gemachten Ausgaben für 1862 auch noch alle zu zeitgemäßen Reformen notwendigen Summen bewilligen wird, vorausgesetzt, daß die finanziellen Kräfte des Landes es gestatten, und daß jene Reformen, wie die Verfassung es verlangt, mit der Regierung auf dem Wege der Gesetzgebung vereinbart sind.

Aber bis jetzt hat die Regierung nur das Geld für die einseitig von ihr vorgenommenen Neorganisations-Maß-

regeln gefordert, indem sie erst für das nächste Jahr eine

Gesetzesvorlage in Aussicht stellt, die sie ohne Zweifel schon

längst hätte einbringen können, wenn dieselbe wirklich annehmbare Vorschläge enthielte. Dem Abgeordnetenhaus bleibt daher nichts übrig, als das Geld für die jetzt noch allein geheimhafte Organisation von 1859 zu bewilligen und der Regierung die Vorlage eines weitergehenden Gesetzentwurfes anheim zu stellen. Die „Sternzeitung“ jedoch, das Organ der Minister, fordert, daß das Abgeordnetenhaus sich der besseren Einsicht des Ministeriums unterordnen sollte, und findet in der pflichtmäßigen Wahrung des eigenen und des Volksrechts nichts als ein kindisches „Pochen“ auf die eigene formelle Berechtigung.

Landtags-Verhandlungen.

38. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 18. August. Bericht der Budget-Commission über den Etat der Berg-, Hütten- und Salinen-Berwaltung für die Jahre 1862 und 1863. Die von der Commission gestellten Anträge 1, 2 und 3 werden angenommen. Bei dem Abschnitt von den Hüttenwerken spricht sich Abg. v. Beughem gegen den sofortigen Verkauf der Hüttenwerke aus. Der Handelsminister hält den Verkauf gegenwärtig ebenfalls nicht für zweckmäßig. Abg. Jacob für die Ansicht des Abg. v. Beughem, Abg. Behrend (Danzig) für den Commissionsantrag. Nachdem noch die Abgeordneten Ostrerrath, von Hennig (Strassburg) und der Referent Abg. Sello für den Commissionsantrag gesprochen haben, wird derselbe nach Ablehnung eines Amendements des Abg. v. Beughem mit großer Mehrheit angenommen. Die Anträge 5 und 6 werden ohne Widerspruch genehmigt.

Bei den „Sonstigen Berwaltungskosten“ sind 7646 Thlr.

als Busch für die Berg-Akademie in Berlin; die Commission stellt den Antrag: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) der königlichen Staatsregierung gegenüber anzusprechen, daß es den in der Session von 1861 gefassten

Beschluß: daß die Staatsregierung dem nächsten Landtage

den Plan zur Errichtung einer Bergakademie befußt gezeigtlicher Regulirung dieser Sache vorlegen werde, durch die gegenwärtigen Vorlagen nicht für erledigt erachtet; 2. sich mit

Errichtung einer Bergakademie in Berlin, als einer provisoriischen Anstalt, dagegen nicht mit den für dieselbe aufgestellten ministeriellen Vorschriften einverstanden zu erklären; 3. zu-

gleich gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, sie werde durch baldige Errichtung einer großen, reichlich ausgestatteten, hinreichend unabhängigen polylechnischen Anstalt, welche zugleich für den Unterricht im Fache der Berg-, Hütten- und Salinenkunde dient, den Anforderungen der Zeit entsprechen; 4) die Ausgaben für die Bergakademie in einem besondern Titel in den Staatshaushaltsetat aufzunehmen.“

Bei den „Sonstigen Berwaltungskosten“ sind 7646 Thlr.

als Busch für die Berg-Akademie in Berlin; die Commission stellt den Antrag: „das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: 1) der königlichen Staatsregierung gegenüber anzusprechen, daß es den in der Session von 1861 gefassten

Beschluß: daß die Staatsregierung dem nächsten Landtage

den Plan zur Errichtung einer Bergakademie befußt gezeigtlicher Regulirung dieser Sache vorlegen werde, durch die gegenwärtigen Vorlagen nicht für erledigt erachtet; 2. sich mit

Errichtung einer Bergakademie in Berlin, als einer provisoriischen Anstalt, dagegen nicht mit den für dieselbe aufgestellten ministeriellen Vorschriften einverstanden zu erklären; 3. zu-

gleich gegen die Staatsregierung die Erwartung auszusprechen, sie werde durch baldige Errichtung einer großen, reichlich ausgestatteten, hinreichend unabhängigen polylechnischen Anstalt, welche zugleich für den Unterricht im Fache der Berg-, Hütten- und Salinenkunde dient, den Anforderungen der Zeit entsprechen; 4) die Ausgaben für die Bergak

vinz gerichteten Schreiben, über Nichtanstellung jüdischer Lehrer wegen des christlichen Charaters der Schulen, tatsächlich unrichtig seien.

Abg. v. Wallinkrodt: Er bestreite die Ausführung des Referenten, daß es sich hier um die Emancipation der Juden handle; es handle sich vielmehr um die „Entchristlichung“ der Schulen (oh! oh!); man wolle den Eltern das Recht nehmen, ihre Kinder von christlichen Lehrern unterrichten zu lassen.

Abg. Dr. Rupp: Die Staatsregierung habe gesagt, daß nach den Verhandlungen mit dem Magistrat von Posen die Anstellung von Juden an der dortigen Realschule ausgeschlossen sei. Das stehe mit den Thatsachen in Widerspruch, denn der Magistrat habe die Anstalt Juden zugänglich machen wollen. Die Staatsbehörden hätten der Stadtbörde einen Buschus angeboten, dieser sei von dem Magistrat abgelehnt worden, und zwar nur deshalb, weil er befürchtete, daß, nachdem die gesetzlichen Hindernisse durch Erscheinen der Verfassung beseitigt waren, die Regierung sich als Mitgründerin der Anstalt betrachten und gegen die Absicht der Commune, welche auf Gleichberechtigung der Confessionen gerichtet war, Einspruch erheben würde. Dass die Commune in den Jahren 1853 und folgende nichts in der Sache gehan, beweise nicht für die Regierung; denn daß die Stadtbörde damals sich von einer Petition, wie die vorliegende, keinen Erfolg versprechen könnte, davon sei Ledermann unterrichtet (Sehr wahr!). Die städtische Behörde mußte sehr überrascht sein, als auch nach dem Ausspruch des Hauses die Anstellung des Dr. J. abgeschlagen wurde. Das Verfahren gegen den Dr. J. entspreche nicht den Gesetzen, man habe ihn zum Probejahr zugelassen, beschäftige ihn fort und fort an der Anstalt und erkläre sich dennoch gegen seine definitive Anstellung. Man halte es für unzulässig, daß er Unterricht im Deutschen gebe; wenn aber ein getaufter Jude diesen Unterricht übernehme, dann sei es gut, und doch sei noch nirgend die Behauptung aufgestellt worden, daß die Taufe orientalisches Blut in germanisches verwandle. (Heiterkeit.) Es habe vor hundert Jahren schon Juden gegeben, welche die deutsche Geschichte und die deutsche Ehre weit tiefer begriffen hätten, als die meisten derjenigen, die ihren germanischen Stammbaum auf Jahrhunderte bis in's Mittelalter zurückführten. (Beifall.) Auch von Vertrauen sei in dieser Sache gesprochen worden; Vertrauen wolle aber verdient sein, und der von der Staatsregierung in dieser Sache eingeschlagene Weg sei nicht der, auf welchem man Vertrauen verdiene. (Beifall.) Der vorerwähnte Gründer der großen Stiftung für die Realschule zu Posen habe, im Einverständnis mit dem Magistrat und den Stadtvorordneten, es als einen Ausdruck des christlichen Geistes bezeichnet, daß die Anstellung der Juden an der Anstalt nicht weiter gehemmt werde. Es sei die schlechteste Anwendung unseres Schwarz-weiß, wenn man so lange Grau in Grau arbeite, bis Alles vermischt sei, und Jeder damit machen könne, was er wolle. (Beifall.) Der Grundsatz der Toleranz lasse nur ein Recht; eine einzelne Confession dürfe sich nicht das Privilegium des Richters über die andern beimessen. Er beziehe sich auf zwei Paragraphen des Allgemeinen Landrechts, von denen der eine den Kindern aller Confessionen die Schule öffne, der andere den Eltern das Recht gebe, ihre Kinder aus dem Religionsunterricht zurückzuhalten, wenn derselbe nicht von Genossen ihrer eigenen Confession ertheilt werde. Aus der Verbindung dieser §§ folge die Anstellungsberechtigung der Juden; die Intention des Gesetzgebers sei die gewesen, die Kinder vor zudringlichen Belohnungsversuchen zu schützen; Niemand aber werde voraussehen, daß es Intention des Gesetzgebers gewesen sei, dassjenige, was er in dem einen Falle verhüten wolle, in allen anderen Unterrichtsgegenständen methodisch zur Ausführung zu bringen. — Es sei freilich etwas anderes, wenn man eine Reihe von Jahren nur in den Anschauungen des Oberkirchenrats gelebt habe, dann ein Cultusministerium nach den liberalen Grundsätzen des Landrechts und unserer Verfassung zu leiten (Bravo). Er wolle eine Thatsache anführen: Das Ober-Consistorium zu Berlin fordere am 18. Juli 1799 zu energischer Bekämpfung des verbreiteten Vorurtheils auf, als ob die Schulen eine Sache der Confession seien; sie seien eine Sache des Staates und nicht der einzelnen Confessionen (hört! hört!); sie hätten deshalb nur die Sittelehre im Allgemeinen den Kindern einzuprägen. Er könne die gegenwärtige Verwaltung des Unterrichtswesens nicht anders charakterisiren, als wenn er behaupte, sie gehe noch hinter das Allgemeine Landrecht zurück, und wolle die Schulen wieder zu confessionellen machen. Es scheine sich gegenwärtig darum zu handeln, das ganze Schulwesen in eine große Pèpinière der inneren Mission zu verwandeln. (Lebhafte Beifall.)

Der Cultusminister: Alle Staatschulen seien bisher confessionelle Schulen gewesen. Maßgebend sei das Gesetz, und er sei nicht einen Moment im Zweifel darüber, daß das Gesetz jüdischen Lehrern das Recht zu unterrichten, außer in Fachschulen und an jüdischen Schulen, nicht zugestehen. So bestimme das Gesetz vom 23. Juli 1847: Die Verfassung bestimme, daß bis zum Erlass eines neuen Unterrichtsgesetzes die bisher bestehenden Gesetze in Kraft bleiben. Damit werde also das Gesetz vom 23. Juli 1847 aufrecht erhalten. Dem stehe auch Art. 4 der Verfassung nicht entgegen. Noch Niemand habe daraus den Satz hergeleitet, daß auch christliche Lehrer an jüdischen Schulen, evangelische Lehrer an katholischen, katholische Lehrer an evangelischen Schulen de jure unterrichten dürften. (Große, stets wachsende Unruhe des Hauses.) Zu unterscheiden sei in unsern Schulen „unterrichten“ und „erziehen“. Wo es sich um Beibringung einer gewissen Summe von Kenntnissen handle, sei die Confession eher gleichgültig; nicht so bei der sittlichen Erziehung (Unruhe). Auch Art. 12 der Verfassung beweise nichts gegen seine Auffassung und gewährleiste jüdischen Lehrern keineswegs ein Recht auf den Unterricht in christlichen Schulen. Die Verfassung wahre anstrenglich den confessionellen Character der Volkschule; warum solle derselbe nicht auch bei höheren Schulen gewahrt werden? (Unruhe.) Der Vorredner habe behauptet, die Regierung setze sich, da sie den Ausdruck „christliche Religion“ gebrauche, mit der Verfassung in Widerspruch. Art. 14. der Verfassung sage: „die christliche Religion wird den Einrichtungen des Staates ic. zum Grunde gelegt.“ Wenn dieser Artikel den Ausdruck „christliche Religion“ gebrauche, so werde es doch der Staatsregierung erlaubt sein, auch von einer christlichen Religion zu sprechen, wenn es sich um das Unterrichtswesen handle. Die Verfassungs-Urkunde habe einen Unterschied vor Augen zwischen der christlichen Religion und anderen Religionsgemeinschaften. Bei aller Toleranz, welche der Staat auch gegen die nicht-christlichen Unterthanen zu üben habe, könne er den Unterschied nicht aufheben. Die Staatsregierung habe sich deshalb bisher auf dem Boden der Verfassung befunden, und sie könne

davon auch nicht abgehen, sondern müsse in ihrer Verwaltung auch feruer daran festhalten.

Dr. Birchow: In der hiesigen Stadt sei der landrechtliche Standpunkt immer als der maßgebende angesehen worden, und auch der jetzige Unterstaatssecretair des Cultusministeri habe, als er noch Stadtverordneter war, derselben Meinung zugestimmt. Thatächlich habe es sich allerdings herausgestellt, daß der confessionlose Character der Schule allmälig verwischt, resp. durch die kirchlichen Behörden verschoben und man habe deshalb oft Concessionen machen müssen, die nicht rechtlich begründet gewesen. Gabe es jüdische öffentliche Schulen, so würden sie gleich behandelt werden und er glaube kaum, daß dann der Herr Minister etwas dagegen haben werde, wenn christliche Lehrer an diesen unterrichteten. Schon der vorige Minister und jetzt wieder der Regierungs-Commissar hätten sich bemüht, den confessionellen Character der betreffenden Schule nachzuweisen; ihm sei dabei nur klar geworden, daß niemals die Bevorurteilung weiter getrieben sei, als wo man den städtischen Behörden, größtentheils aus denselben Mitgliedern bestehend wie zur Zeit der Gründung, nachträglich die Absicht octrohren wolle, sie hätten eine confessionelle Schule gründen wollen. Wenn keine Gefahr für die staatlichen Interessen in der Stiftung und Existenz einer confessionlosen Schule, sei kein Anlaß zum Eingriff. — Der Minister habe bei seiner Deduction das Gesetz vom 6. April 1848 übersehen, durch welches das Gesetz vom 23. Juli 1847 in den einschlagenden Bestimmungen entschieden beseitigt sei. Die Ausübung der staatsbürgerschen Rechte sei doch gewiß bei Lehrern eben so unabhängig vom religiösen Bekenntniß, wie für polizeiliche Functionen. Artikel 14 sei nicht maßgebend; denn es fehle der Beweis, daß die Schule mit der Religionsübung im Zusammenhange stehe. In Betreff der Berger'schen Schenkung werde der Schenkgeber (Abg. B.) hoffentlich selbst zur Abgabe einer authentischen Interpretation und Widerlegung der irriegen Auffassung des Regierungs-Commissars Gelegenheit nehmen. — Dr. J. sei vom Geschichtsunterricht ausgeschlossen worden, sogar von der Heroengeschichte, weil er Jude sei. Er richte an den Herrn Minister die Frage, wie er dann einen Juden als Lehrer der Geschichte und gar speziell der Geschichte des Mittelalters an bieger Universität anstellen könnten? Allerdings sei dieser Jude zufällig der beste Kenner der Geschichte des Papstthums und habe das beste Werk über die Regesten der Päpste geschrieben. — Es handle sich ihm übrigens in erster Linie nicht sowohl um den Dr. J., als darum, ob der Minister das Recht habe, in das Selbstverwaltungsrecht der Commune einzugreifen. — Der Cultusminister: Er habe einen Juden als Professor der Geschichte nach Berlin berufen dürfen, weil das Gesetz vom 23. Juli 1847 ihn dazu berechtige. Dasselbe untertheide aber zwischen Lehrern am Gymnasium, Schulen und Universitäten.

Abg. v. Hennig (Straßburg) wiederholt die von dem Regierungs-Commissar als unrichtig bezeichneten Ausführungen, welche er bei der Discussion desselben Gegenstandes im März gehabt. Er habe sich wegen dieser Anführungen damals genau unterrichtet und halte sie auch jetzt aufrecht, wenn auch vielleicht der Wortlaut nicht ganz genau so sei. (Der Regierungs-Commissar will antworten, wird jedoch vom Cultus-Minister bewogen, davon abzustehen.)

Abg. Berger: Er habe bei seiner Stiftung allerdings geglaubt, daß die Art. 4 und 12 der Verfassungs-Urkunde maßgebend seien, sonst hätte er der Lehrer ausdrücklich Erwähnung gehabt. Er habe sich bei seiner Stiftung auf den allgemein christlichen Standpunkt gestellt, auf den der Toleranz. Der Herr Regierungs-Commissar scheine leider auf einem andern Standpunkte zu stehen. (Sensation, lebhafte Beifall) — Andere persönliche Bemerkungen folgen Seitens der Abggs. Paur, Rupp, Birchow, meist Entgegnungen auf Ausführungen von der Regierungskanzlei enthaltend und deshalb von der Rechten mit steigender Unruhe und dem Ruf: „keine persönliche Bemerkungen“ unterbrochen. Den Abg. v. Wallinkrodt unterbricht der Präsident mit derselben Bemerkung, als er zur Abwehr des Vorwurfs der Intoleranz, auf sein Votum für das Recht der Juden zur Kreisstandschaft verweist. Der Referent glaubt einer Neuüberzeugung des Ministers auf das Entschiedenste entgegentreten zu müssen. Derselbe habe zwischen Unterricht und Erziehung unterschieden und gesagt, die christlichen Eltern könnten doch das Recht in Anspruch nehmen, daß ihre Kinder in allen guten sittlichen Eigenschaften gefördert würden. Er glaube doch, daß durch einen oder zwei jüdische, selbst sittliche Lehrer, — und daß sie dies seien, müsse doch aus der erfolgten Anstellung selbst präsumirt werden — dies nicht gehindert werden würde. Er glaube, daß jüdische Lehrer eben so fähig seien, auch diesen Zweck zu fördern. Er wolle den Minister nur an einen Mann in seinem Departement erinnern, an den Professor Unger in Erfurt, den Stifter der dortigen Realschule, der bei seinem neulichen Jubiläum von den städtischen Behörden geehrt worden, wie selten einer. Das Votum des Hauses werde wohl keinen praktischen Erfolg haben. Aber man möge nicht müde werden in dem Streben für das Recht, wenn auch der Erfolg in weiter Ferne liege (Bravo). — In demselben Augenblick, in welchem das preußische Abgeordnetenhaus, 50 Jahre nach dem Edict von 1812, 14 Jahre nach der Verfassung von 1848 über einen einzelnen Fall berathe, melde die Staatszeitung aus Petersburg, daß jüdischen Aerzten und Beauden, welche den Doctorgrad erworben, der unbeschränkte Eintritt in alle Zweige des Staatsdienstes eröffnet sei; die Professoren im Departement des Cultusministerii steuerfrei seien und Orden erhalten sollten (Bravo). — Der Commissions-Antrag wird hierauf mit großer Majorität angenommen. Nur ein Theil der Katholiken und die Conservativen stimmen dagegen. Nächste Sitzung: Mittwoch.

Deutschland.

Berlin, 18. August. Die Ablehnung des französisch-deutschen Handelsvertrages durch Bayern und Württemberg und die Stellung der Bundes-Reform-Anträge durch die verbindeten Würzburger Regierungen sind so schnell auf einander gefolgt, daß unserer Regierung glücklicher Weise keine Zeit blieb, nach seinen diplomatischen Waffen zu suchen, um die Hiebe zu parieren. So ist denn das Auftreten Preußens etwas schroff gewesen, und steht zu hoffen, daß der dabei erreichte Erfolg den ferneren Schritten des Herrn v. Bernstorff die nötige Kraft einflößen wird. Herr v. Bernstorff war schon lange nicht mit dem lahmten Gang unserer deutschen Politik einverstanden, aber seine Schritte wurden von allen Seiten durch Aengstlichkeit und Rücksichtnahmeregeln zu hemmen gesucht. Er war es aber, der zum endlichen Abschluß des Handelsvertrages drängte, der noch in letzter Zeit Preußen in dem schleswig-holsteinischen Streit von Desterreich zu trennen suchte, der in Folge des Aufstretens der Regierungen zu München und Stuttgart die hiesige Regierung dazu getrieben

hat, Front gegen die Annexionen der Feinde Preußens und Deutschlands zu machen, und jetzt möchte er gern mit Vorschlägen hervortreten, die durch den Beifall der Nation mit Erfolg den österreichischen Projecten entgegengesetzt werden können. Doch ist dafür augenblicklich wenig Aussicht, da die Herren v. d. Heydt und v. Noor fürs erste mit den inneren Fragen im Neinen sein wollen, ehe sie an die Lösung der deutschen Frage denken wollen. Allerdings sieht jeder von beiden die Lösung der inneren brennenden Frage in einem anderen Lichte, und hängt es davon ab, welcher Auffassung sich Herr v. Bernstorff zuneigt, um zu wissen, ob seine Projecte auf Erfolg zu hoffen haben. Will er sie mit Hilfe des Herrn v. Noor, der ein strenges Festhalten an der Reorganisation verlangt, durchführen, so führen sie eher wie Eroberungspläne aus, deren schlimmer Erfolg wohl nicht zweifelhaft wäre, neigt er sich dagegen zur Auffassung des Herrn Finanzministers, der jetzt ein Eingehen der Regierung auf die berechtigten Forderungen der Kammer für geboten hält, so ist auch zu hoffen, daß seine Pläne auf gleicher Achtung der Volksrechte beruhen, und deshalb wohl auf günstigen Erfolg rechnen dürfen. Was den König selbst anlangt, so soll derselbe augenblicklich seine ganze Aufmerksamkeit den inneren Angelegenheiten zuwenden.

+ Berlin, 18. August. Heute Abend hielt die sogenannte Marine-Commission ihre zweite Sitzung. Die Budget-Commission tagt erst morgen wieder. Wie es heißt, werden die Minister demnächst persönlich in der Budget-Commission erscheinen. — Die Militairdebatte im Plenum erwartet man nicht vor der zweiten Woche des nächsten Monats.

— Einem Gerüchte zufolge würde Prinz Friedrich Carl das erledigte Ober-Commando des 6. (schlesischen) Armee-corps erhalten und dafür der Kronprinz zum commandirenden General des 3. (märkischen) Corps ernannt werden. — (K. B.) Da die diesjährigen Herbstübungen früher als sonst gehalten werden, so ist der Erlass für die beschädigten Feldfrüchte auch beträchtlicher als sonst. Die Eigentümner der noch mit Früchten besetzten Grundstücke, wie der jungen Schonungs-Anlagen haben vorschriftsmäßig noch vor dem Beginne der Militäruübungen ihre Felder und Anlagen gehörig kenntlich zu machen, weil, wenn diese Bezeichnung fehlt, in der Regel kein Schaden ersezt wird. Der Erlass wird durch Sachverständige festgesetzt.

Wien, 18. August. Die Kaiserin ist in Schönbrunn angekommen und wurde wahrhaft herzlich von der herbeigeströmten Bevölkerung empfangen. Ihre Majestät sieht blühend und gesund aus und hat sich von den durch eine irrthümliche Diagnose ihr auferlegten Strapazen und Beschwerden vollkommen erholt.

England.

London, 16. August. Aus Plymouth schreibt man, daß ein preußischer See-Lieutenant den Schiffswerften von Devonport einen Besuch abgestattet hat. Man glaubt, daß es sich um den Auflauf einiger britischer Kriegsschiffe für die preußische Flotte handelt.

Frankreich.

Paris, 16. August. Seit einigen Tagen findet ein ungewöhnlich lebhafter Depeschenwechsel zwischen London und Paris statt. Aus Petersburg ist ein Schreiben abgegangen, worin das Cabinet Herrn Thouvenel in verbindlicher Weise zu wissen thut, daß die russische Regierung in der amerikanischen Frage ausschließlich für die Interessen des Nordens sei. — Der Prinz Adalbert von Preußen, der kürzlich in Cherbourg war und sich dann nach Plymouth begeben hat, wird binnen Kurzem in Brest erwartet. Derselbe besucht auch die übrigen französischen Seehäfen. In Cherbourg wurde er mit der größten Auszeichnung aufgenommen.

Italien.

— Aus Rom, 12. Aug., wird der Correspondens Haas-Bullier geschrieben: „Man erwartet jeden Augenblick zwei oder drei französische Regimenter, und man nennt selbst schon das 13. und 32. Die Occupations-Armee wird bald 30,000 Mann stark sein. Die päpstlichen Buaven haben bei ihrer Rückkehr von Marino gefunden, daß die Bewohner sie bestohlen und beraubt hatten; es mussten 7 oder 8 Verhaftungen vorgenommen werden. Seit ihrer Rückkehr wurde auch versucht, eine Bombe in ihre Reihen zu werfen, aber die Individuen wurden auf der That ergrapt. Es herrscht große Unzufriedenheit in dem Bataillon, weil man es von der Grenze entfernt.“

— Der „Constitutionnel“ meldet aus Turin, Garibaldi habe dem Könige einen Brief zugehen lassen, worin er sich bereit erklärt, nach Caprera sich zurückzuziehen, sobald der König verspreche, Ratazzi zu entlassen und sich eifrig mit der römischen Frage zu beschäftigen. Der König habe den aus Sciacca datirten Brief, der ihm von einem seiner höheren Offiziere am 13. überreicht worden, zwar erbrochen und gelesen, aber dem Überbringer bemerkte, auf Briefe solcher Art könne er nicht antworten und müsse sich wundern, daß Garibaldi so an ihn zu schreiben wage.

— Von Paris aus wird einmal wieder angekündigt, der Kaiser wolle schließlich nun einen bestimmten Termin für den Abzug der Franzosen von Rom verkündigen, die Italiener möchten nur noch — vier Wochen warten und sich der Weile ruhig verhalten, am 15. September solle Ratazzi dann in Stand gesetzt werden, dem Parlamente diesen Termin anzukündigen; denn der Kaiser könnte bis zu Garibaldi's Unterwerfung nichts für Italien thun, das gestatte seine „Ehre“ nicht.

— Sicilien und das Neapolitanische sind nunmehr in Ausnahmezustand erklärt. Die „Gazzetta Ufficiale“ vom 16. August wird die Decrete veröffentlichen, durch welche Eugia für die Insel Lamarmora für das Festland die Dictatur übertragen wird. Garibaldi schickt alle zu jungen Leute — es sind darunter viele Söhne aus den ersten Familien, die noch nicht 15 Jahre zählen — nach Haize. Vom 5. bis 9. August trafen 450 derselben in Palermo ein, die Eugia sofort mit Mitteln zur Heimreise versehen ließ; am 10. und 11. August wurden die auf dem Festlande heimischen eingeschifft.

Turin, 14. Aug. (K. B.) Auf Sicilien sind 20 Bataillone bereits in Bewegung gesetzt, um Garibaldi einzuschließen; noch mehr Truppen werden bald von Palermo abgehen, um den Cordon zu vervollständigen. Mittlerweile geht der Actionspartei das Geld vollständig aus, und es ist zu bezweifeln, ob der von Mazzini in seinem neuesten Erlass entworfenen Plan zu einer Sammlung von 300,000 Francs dem Uebelstande Abhilfe verschaffen wird. Hiernach soll nämlich Italien in 300 Bezirke abgetheilt werden, und in jedem derselben durch Beiträge von je 1 Lira die Summe von 1000 Fr. zusammengebracht werden. Trotz allen günstigen Nachrichten aber wird die Situation, je länger sie dauert, immer gefährlicher für das Ministerium.

Napel, 12. August. Der „Pungolo“ bringt den Brief

Berliner Börse vom 18. August 1862.

Eisenbahn-Aktionen.		Dividende pro 1861.	35.	Preussische Fonds.	Kurz u. N. Rentbr.	100½ B	Wechsel-Cours vom 16. August
Nachen-Düsseldorf	3½	3½	87 B	Oberfl. Litt. A. u. C.	7½ 3½ 166—167½ b3	99½ b3	Amsterdam kurz
Nachen-Maastricht	0	4	32 G	Litt. B.	7½ 3½ 141—144 b3	99½ B	do. 2 Mon.
Amsterdam-Norderb.	5½	4	91 b3 u. B	Dest. Frz.-Staatsb.	6½ 5 127½ b3 u. G	99½ b3	do. 4 Mon.
Bergisch-Märk. A. B.	6½	4	112 b3 u. B	P. W. (Steele-Wohn.)	½ 4 50½ b3	100½ G	Hamburg kurz
Berlin-Anhalt	4	4	105 b3	Rheinische	5 4 58½ B	London 3 Mon.	
Berlin-Hamberg	8½	4	1382 b3	do. St.-Prior.	5 4 101½ G	Paris 2 Mon.	
Berlin-Potsd. Mgd.	6	4	202 b3	Rhein-Nahebahn	0 4 28 b3	do. 3½ 80½ b3	
Berlin-Stettin	7½	4	214½ b3 u. B	Mdr.-Cref.-K.-Gladb.	7½ 3½ 91½ G	Wien Dest. B. 3 T.	
Bresl.-Schw.-Freib.	6½	4	180½ b3 u. G	M. f. Eisenbahnen	5 5 109 b3	do. 5 78½ b3	
Brieg.-Neisse	3½	4	80 b3	Targard-Boden	4 3½ 107½ b3 u. B	Leipzig 8 Tage	
Cöln-Minden	12½	3½	180½ b3	Desterr. Südbahn	8½ 5 146½ etw. — 46 b3	do. 2 Mon.	
Cösel-Oberb. (Wilh.)	0	4	57½ b3	Uhrlanger	6½ 5 126 b3 u. G	Frankfurt a. M. 2 M.	
do. Stamm-Pr.	4½	4½	922 G	do.	103½ G	Petersburg 3 Woche	
do. do.	5	5	94½ G	do.	90½ B	do. 3 Mon.	
Ludwigsh.-Werbach	8	4	137 b3	Bank- und Industrie-Papiere.	3½ 5 104½ G	109½ b3	
Magdeb.-Halberstadt	22½	4	316½ G	Dividende pro 1861.	3½ 5 93½ b3	W. Sanio.	
Magdeburg-Leipzig	17	4	252 b3	Preuss. Bank-Anttheile	4 4 101½ b3	Französ. Goldfische, dazu Gläser, Consols, Schwäne, Muscheln, Neße empf.	
Magdeb.-Wittenb.	1½	4	44½ b3	Östpreuss. Pfdsbr.	3½ 4 89½ b3	[867]	
Mainz-Ludwigshafen	7	4	128½ b3	do.	99½ b3	ohne R. 99½ G Soviegus, 6.23 G	
Meissenburger	2½	4	60½ — 61 b3	Pommersche	3½ 4 92 b3	Dest.-Frz. B. 7½ b3 Goldkronen 9.62 G	
Münster-Hammer	—	4	98 B	Danzig	6 4 103½ B	Bln. Blu. 87½ b3 Gold (3pf) 160 B	
Meiderchl.-Märk.	—	4	99½ B	Königsberg	5 4 100 B	Dollars 1.11 b3 Silber 29.28 G	
Meiderchl.-Zweigbahn	1½	7	77 B	Posen	5½ 4 100½ G	Napol. 5.11 b3	
Nordb. Friedr.-Wilh.	3	4	64½ b3	do.	99½ b3	Schw. 10 Thbl.-L.	
				do.	99½ b3	10 B	

Inserate für die Morgen-Nummer dieser Zeitung werden Tags vorher bis 6 Uhr Abends ange nommen.

Die Expedition.

Gestern Abend 10 Uhr starb unsere liebe kleine Johanna am Durchbruch der Zähne. — Die teilnehmenden Freunden und Bekannten widmen wir diese Anzeige tief betrübt.

Danzig, den 19. August 1862.

Robert Kloss

[6393]

und Frau.

Bekanntmachung.
Gemäß Verfügung vom 16. August 1862 ist an demselben Tage die unter der gemeinschaftlichen Firma:

Gebrüder Merschberger

aus den biesigen Kaufleuten:

1. Ludwig Eduard Merschberger
2. George Friedrich Merschberger
(seit dem März 1853) bestehende Handels-Gesellschaft in unter Handels-Gesellschafts-Register unter No. 72 mit dem Bemerkung eingetragen, daß dieselbe in Danzig ihren Sitz hat.

Danzig, den 18. August 1862.

Rgl. Commerz- und Admiralitäts-

Collegium.

[6368]

v. Grodded.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 12. August 1862 ist am 14. ej. m. in unser Handels-Gesellschafts-Register unter No. 70 eingetragen, daß

1. Die Frau Aline Magdalene Pfannenstiell geb. Niedball

2. Die Frau Laura Mathilde Barnick geb. Niedball

nachdem auf sie mit dem am 24. August 1861 erfolgten Ableben ihres Vaters, des Kaufmann Casimir Mathias Niedball zu Danzig, dessen Geschäft übergegangen, unter der gemeinschaftlichen Firma:

Aline Pfannenstiell et Co.

vormals C. M. Niedball eine Handelsgesellschaft bilden, die ihren Sitz in Danzig hat und zu deren Vertretung ausschließlich die Frau Aline Magdalene Pfannenstiell geb. Niedball befugt ist.

Danzig, den 14. August 1862.

Rgl. Commerz- und Admiralitäts-

Collegium.

[6310]

v. Grodded.

Nus der Sartowizer Mindviel-Heerde —

reine holländische Race — kommen wieder 30 Stück Bullen, Stärken und Kühe ad licitando zum Verkauf, wozu ein Termin auf

den 1. September c.

Vormittags 10 Uhr auf dem Gutshof zu Sartowiz bei Schewz anberaumt wird und Kauf- lustige ergebenst einladen

Das Wirthschaftsamt. [6328]

Bei Q. G. Somann

in Danzig, Kunst- u. Buchhandlung, Jopen-

gasse 19, sind zu haben:

Karte des Kirchenstaates, nördlich von

Rom. Preis 10 Sgr.

Karte vom Königreich Neapel, dies-

seits des Gard. Preis 10 Sgr.

Karte des Königreichs beider Sicilien

Preis 5 Sgr.

Karte von Italien. Preis 5 Sgr. [6391]

Avis!

Ein Arzt, der mit ländlichen Publikum gut umzugehen versteht, in welchem Falle ihm eine gute Praxis gesichert ist, wird allgemein gewünscht im Marktischen Taschenkalender. Zu bemerken ist, daß der bessige Ort über 1000 Seelen zählt, 1½ Meile von der russischen und polnischen Grenze liegt, und von den Städten Pillau 3, Schirwindt 4, Ragnit 5 und Tilsit 6 Meilen entfernt ist. Eine Apotheke ist im Orte vorhanden.

Das Central-Agentur-Bureau.

[6358]

Milkau.

Das Central-Agentur-Bureau.

[6395]

Milkau.

Das Central-Agentur-Bureau.